

Grünliberale Partei Schweiz  
Monbijoustrasse 30, 3011 Bern

Eidgenössisches Departement des Innern  
Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen  
3003 Bern

Per E-Mail an: [vernehmlassungen@blv.admin.ch](mailto:vernehmlassungen@blv.admin.ch)

18. November 2020

Ihr Kontakt: Ahmet Kut, Geschäftsführer der Bundeshausfraktion, Tel. +41 31 311 33 03, E-Mail: [schweiz@grunliberale.ch](mailto:schweiz@grunliberale.ch)

## **Stellungnahme der Grünliberalen zum Gegenentwurf des Bundesrates zur Volksinitiative «Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative)»**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Vorlage und den erläuternden Bericht zum Gegenentwurf des Bundesrates zur Volksinitiative «Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative)».

Unsere Stellungnahme können sie dem ausgefüllten Fragebogen auf den folgenden Seiten entnehmen.

Wir danken ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Prüfung unserer Anmerkungen und Vorschläge.

Bei Fragen dazu stehen ihnen die Unterzeichnenden sowie unser zuständigen Fraktionsmitglieder, Nationalrätin Isabelle Chevalley und Nationalrätin Kathrin Bertschy, gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

Jürg Grossen  
Parteipräsident

Ahmet Kut  
Geschäftsführer der Bundeshausfraktion

## Vernehmlassung zum direkten Gegenentwurf des Bundesrates zur Volksinitiative «Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative)»

Organisation / Organizzazione	Grünliberale Partei Schweiz
Adresse / Indirizzo	Monbijoustrasse 30 3011 Bern
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	18. November 2020  Ahmet Kut, Geschäftsführer der Bundeshausfraktion ( <a href="mailto:ahmet.kut@parl.ch">ahmet.kut@parl.ch</a> / M. 079 560 56 63)

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme elektronisch an [vernehmlassungen@blv.admin.ch](mailto:vernehmlassungen@blv.admin.ch). **Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank.**

Merci d'envoyer votre prise de position par courrier électronique à [vernehmlassungen@blv.admin.ch](mailto:vernehmlassungen@blv.admin.ch). Un envoi **en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup.**

Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'indirizzo di posta elettronica [vernehmlassungen@blv.admin.ch](mailto:vernehmlassungen@blv.admin.ch). **Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.**

### Fragebogen zum direkten Gegenentwurf

Frage 1	Befürworten Sie einen direkten Gegenentwurf zur Volksinitiative «Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative)»?
Antwort	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit Ergänzungsanträgen
Begründung	Die Grünliberalen stehen für eine ökologisch nachhaltige, unternehmerische und multifunktionale Landwirtschaft ein, welche gesunde Nahrungsmittel produziert und wichtige gemeinwirtschaftliche Leistungen zugunsten der Gesellschaft erbringt. Dafür braucht es ein Umdenken in der Landwirtschaftspolitik. Das Ziel muss sein, dass die Schweizer Landwirtschaft <b>Nahrungsmittel von hoher Qualität produziert und dabei dem Tierwohl einen hohen Stellenwert einräumt und nur minimale Mengen an Düngemittel, Chemikalien und anderen Hilfsstoffen einsetzt</b> , um eine nachhaltige Produktion sicherzustellen.  Die Grünliberalen begrüßen den Vorschlag des Bundesrates, im direkten Gegenentwurf den <b>Schutz des «Wohlergehens»</b> als allgemeinen Grundsatz für

	<p><i>alle</i> Tiere in die Bundesverfassung aufzunehmen. Das bedeutet unter anderem, dass die Tierhaltung so auszugestalten ist, dass sich die Tiere möglichst artgemäss verhalten können und dass ihrem Bewegungsbedürfnis ausreichend Rechnung getragen wird. Jedenfalls ist ein Schutzniveau sicherzustellen, das über die heutigen Mindestanforderungen hinausgeht.</p> <p>Ebenso begrüssen die Grünliberalen, dass für <i>Nutztiere</i> drei wichtige Aspekte des «Wohlergehens» in der Bundesverfassung ausdrücklich verankert werden sollen: <b>Tierfreundliche Unterbringung, regelmässiger Auslauf und schonende Schlachtung</b>. Diese Aufzählung ist nicht abschliessend zu verstehen, was durch den Zusatz «insbesondere» im Erlasstext richtigerweise angezeigt wird.</p> <p>Für die Grünliberalen ist wichtig, dass der direkte <b>Gegenentwurf nicht nur dem Tierwohl, sondern auch dem Umweltschutz dient</b>. Es muss daher sichergestellt werden, dass der verbesserte Tierschutz nicht zu einer stärkeren Belastung der Umwelt führt (siehe Frage 2).</p>
Frage 2	Falls Sie einen direkten Gegenentwurf befürworten, sind Sie mit dem Vorschlag des Bundesrates einverstanden?
Antwort	<input checked="" type="checkbox"/> teilweise
Begründung	<p>Wie einleitend erwähnt fordern die Grünliberalen, dass neben der Stärkung des Tierwohls die Umweltbelastung aus der Tierhaltung reduziert wird. Es ist zu befürchten, dass der direkte Gegenentwurf ohne klare Rahmenbedingungen insbesondere die <b>Ammoniakemissionen weiter erhöhen</b> wird. Dies im Widerspruch zu diversen Aussagen des Bundesrates in Beantwortung parlamentarischer Vorstösse, Aussagen im Bericht des Bundesrates zum Postulat Bertschy 13.4284 oder im Rahmen der Agrarpolitik AP 22+. Letztere sieht eine Reduktion der Stickstoff- und Phosphorüberschüsse um mindestens 10 Prozent bis 2025 und um mindestens 20 Prozent bis 2030 vor. Die Grünliberalen erinnern in diesem Zusammenhang an die <b>direkten Gegenentwürfe Bertschy und Jans</b>, die im Rahmen der Beratungen der Trinkwasserinitiative eingereicht wurden. Leider hat die Mehrheit des Nationalrates beide Gegenentwürfe abgelehnt. Die darin enthaltenen Forderungen bleiben jedoch unverändert aktuell und dringlich. Dies betrifft namentlich die <b>Senkung der Einträge von Stoffen aus der Landwirtschaft</b> wie Dünger oder Pflanzenschutzmittel, die die Umwelt schädigen können.</p> <p>Weiter ist im Gegenentwurf klarzustellen, dass es aufgrund der neuen Vorgaben zu <b>keiner Erhöhung der Futtermittelimporte</b> kommen darf. Auch hier ist an den direkten Gegenentwurf Bertschy zu erinnern, der eine Begrenzung der Futtermittelimporte für den Fall verlangte, dass die Reduktionsziele nicht erreicht werden.</p> <p>Der Vorschlag des Bundesrates könnte zu einer Preissteigerung tierischer Produkte aus der Schweiz führen, was insofern positiv ist, weil dadurch pflanzliche Produkte attraktiver werden. Das ist nicht zuletzt aus Gründen des Klimaschutzes anzustreben. Es ist jedoch zu befürchten, dass der Konsum tierischer Produkte insgesamt nicht reduziert wird, wenn dafür der <b>Kauf importierter tierischer Produkte</b> zunimmt. Die Grünliberalen erwarten daher vom Bundesrat Vorschläge, wie diese Gefahr im Einklang mit den internationalen Verpflichtungen der Schweiz minimiert werden kann.</p>

Frage 3	Falls Sie nur teilweise einverstanden sind, welche Änderungen beantragen Sie?
Änderungsvorschläge	Siehe Frage 2.
Begründung	
Frage 4	Haben Sie weitere Bemerkungen zum Bundesbeschluss oder zum erläuternden Bericht?
Bemerkungen	<p>In der Botschaft sind folgende zusätzliche Punkte zu behandeln:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Ausführungen und Schätzungen zur Umweltwirkung des Gegenvorschlags.</li> <li>• Umgang mit Anbindeställen. Die Grünliberalen können sich Ausnahmen für das Berg- und Sömmerungsgebiet vorstellen.</li> </ul>